

Bremische Bürgerschaft behinderter Menschen

LANDTAG 30. WAHLPERIODE DRUCKSACHE 30/02 5. Dezember 2025

Thema: Für eine menschenwürdige und bedarfsgerechte Versorgung in der Teilhabe, Psychiatrie und Suchthilfe

Beschlussvorschlag der Fraktion: LAG Selbsthilfe behinderter Menschen Bremen e.V.

Das 30. Bremer Behindertenparlament möge beschließen:

Das 30. Bremer Behindertenparlament unterstützt die Forderungen, die im Offenen Brief an die politisch Verantwortlichen in Bremen unter der Überschrift "Für eine menschenwürdige und bedarfsgerechte Versorgung in der Teilhabe, Psychiatrie und Suchthilfe" formuliert und veröffentlicht worden sind.

Begründung:

Mit dem Offenen Brief haben sich Gliederungen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, Personal- und Mitarbeitendenvertretungen an die Bremische Öffentlichkeit gewandt und fordern deutlich mehr finanzielle und personelle Ressourcen in Teilhabe, Psychiatrie und Suchthilfe sowie die nachhaltige Absicherung neuer ambulanter Strukturen. Es geht darum, dass Leistungen und Angebote für alle Betroffenen barrierefrei zugänglich sind. Die Initiator*innen des Offenen Briefes wenden sich gegen die Ökonomisierung sozialer und gesundheitlicher Versorgung und machen sich dafür stark, dass ein erreichbarer und gut ausgestatteter Krisendienst rund um die Uhr zur Verfügung steht. Schließlich werden mehr Mitspracherechte für die Betroffenen und die Beschäftigten eingefordert.

Viele Forderungen des Offenen Briefes decken sich mit Forderungen der Behindertenbewegung. Im Interesse eines solidarischen Miteinanders gegen Diskriminierung und Stigmatisierung sollte die Behindertenbewegung sich an die Seite der Autor*innen des Offenen Briefes stellen und die gemeinsamen Forderungen gemeinsam vertreten.

Für die Abgeordneten des 30. Behindertenparlamentes: Alex Meyer

Schriftliche Stellungnahme wird bis zum 31. März 2026 an den AK-Protest erbeten